

Kleine Anfrage 1520

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Schallschutzprogramm ohne Planung?

Dem Schallschutzprogramm liegen umfangreiche Leistungsverzeichnisse der FBB zugrunde, die nach Aussagen von Bürgern und kommunalen Fachleuten zwingend anzuwenden sind, da ansonsten die Auszahlung von Mitteln seitens der FBB verweigert wird. Nun würde man denken, dass alle planerisch notwendigen Gesichtspunkte in diesen Leistungsverzeichnissen enthalten sind. Dem ist leider nicht so. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass der Schallschutz analog zum Brandschutz seitens der FBB gehandhabt wird - erst Bauen und erst danach „Denken“ und „Prüfen“ die eigentlich in der Planungsphase notwendigen Unterlagen beibringen.

Soweit ersichtlich hat die Landesregierung niemals überprüft oder überprüfen lassen, ob die Leistungsverzeichnisse vollständig und geeignet sind, um das Schutzziel kostengünstig und effektiv zu erreichen.

Während die Landesregierung meint, dass die FBB alles Erdenkliche tut, um ihre Interessen bei der kostengünstigen Durchführung des Schallschutzprogramms durchzusetzen und die Landesregierung glaubt, dass das Handeln der FBB kurz-, mittel- und langfristig im öffentlichen Interesse sein würde, liegen vollkommen andere Sachverhalte vor.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die FBB - auf Drängen von bürgerschaftlicher Expertise - erst im Sommer 2015 eine bauphysikalische Nachweisprüfung in die Leistungsverzeichnisse aufgenommen hat? Wie sind die Eigentümer, die vor diesem Zeitpunkt ASE-B (Anspruchsermittlungen Bau) erhalten haben, über diesen Fortschritt in der "Planung" der FBB informiert worden?
2. Trifft es zu, dass die FBB die Geltung der VOB- und DIN- Normen etwa zum gleichen Zeitpunkt in den Leistungsverzeichnissen ergänzt hat? Wie verhält es sich hierbei mit der Information der Eigentümer?
3. Trifft es zu, dass erst seit kurzem die Möglichkeit eines statischen Nachweises in die Leistungsverzeichnisse aufgenommen worden ist? Sind vor diesem Zeitpunkt die statischen Aspekte von den Ingenieurbüros aufgenommen und in der "Planung" der FBB vermerkt worden? Oder in welcher Form ist

sichergestellt worden, dass die beabsichtigten Maßnahmen keine statischen Probleme verursachen?

4. Geht die FBB immer noch davon aus, dass eine Innendämmung von Kehlbalken und ein Aushöhlen der vorhandenen schweren Holzbalkenlage der Weisheit letzter Schluss ist? Ist die Aussteifung der Decken und die Traglast der Holzbalken im Zuge der Entfernung des Stakenraumes statisch berechnet worden?
5. Gibt es überhaupt eine Planungsphase, in der bauphysikalische Fragen und statische Fragen gemeinsam mit dem Eigentümer besprochen werden und der Eigentümer anhand alternativer Konzepte, sich die für sein Gebäude geeigneten Maßnahmen aussuchen kann?
6. Wird in einer Planungsphase untersucht, ob die vorgeschlagenen Innendämmungen der FBB Verschlechterungen des baulichen Schallschutzes bedeuten? Seit wann ist die Landesregierung und die FBB darüber informiert, dass Altbaudächer mit schweren Innenschalen schallschutztechnisch positiv wirken und keinesfalls durch Gipskartonplatten ersetzt werden sollten? Ist es das Ziel des Planfeststellungsbeschlusses schallschutztechnische Verschlechterungen zu erreichen? Besteht die FBB in diesen Fällen nach wie vor auf fragwürdigen Innendämmungen?
7. Wie interpretiert die Landesregierung die Aussagen des maßgeblichen Standardwerkes der Schallschutzplanung - des Bauphysikkalenders 2009 und 2014 - dass tieffrequenter Schall nur durch schwere, außen angebrachte Schalen vom Rauminnern abzuhalten ist? Warum hat die Landesregierung keine klaren Maßgaben an die FBB gerichtet, so dass vermieden werden kann, dass bei Aufnahme des Flugbetriebs gravierende Schutzmängel von Bürgern festgestellt werden?
8. Können Eigentümer verpflichtet werden Innendämmungen des Flughafens zu akzeptieren, ohne dass dieser Schallschutznachweise in der Planungsphase vorlegt?
9. Können Eigentümer von Altbauten, die über dampfdiffusionsoffene Baukonstruktionen verfügen, ohne ausdrückliche Aufklärung und Planung verpflichtet werden, Dampfdiffusionssperren oder -bremsen zu dulden?
10. Trifft es zu, dass die Landesregierung der FBB erlaubt, ohne Gebäudeplanung und ohne eine nachvollziehbare, vollständige und geeignete Bauplanung, die auch Schallschutznachweise beinhaltet, das Schallschutzprogramm durchzuführen?
11. Warum ist die FBB nicht angehalten überprüfbare Planungsleistungen mit entsprechenden Schallschutznachweisen, statischen Nachweisen und bauphysikalischen Untersuchungen rechtzeitig zu erstellen? Trifft es zu, dass nach Auffassung der Landesregierung der jeweilige Bürger die Ausführungsplanung erstellen soll? Ist damit ein Gleichklang zwischen Brandschutz und Schallschutz erreicht, da diese Ausführungsplanung ja erst nach Beauftragung erstellt werden soll? Wer finanziert diese

Ausführungsplanung und wenn die Grundlagen der Beauftragung und die Leistungsverzeichnisse unzureichend und unvollständig sind, wer haftet für daraus resultierende Fehler, Umplanungen und Mehrkosten?

12. Trifft es zu, dass die FBB im Einzelfall pro Fenster einen zusätzlichen Prüfbetrag von 3000,-€ (zusätzlich zu den Herstellungskosten) angesetzt hat, um nachträgliche Prüfungen des Schalldämmmaßes vorzusehen? Wie sieht die Landesregierung diesen Sachverhalt, nachdem in der Auseinandersetzung mit der Matrix der Landesregierung die kommunalen Vertreter darauf gedrungen haben, dass das Schalldämmmaß von Fenstern von maßgeblichen Firmen, die über Prüfzeugnisse oder -berichte für ihre Fenster verfügen offenzulegen ist? Warum werden kostenaufwändige Prüfprozesse für Kastendoppelfenster eingeleitet, wenn auf dem Markt erhältliche Isolierglasfenster einen Schalldämmwert von 49 dB im Prüfstand erbringen?
13. Ist es möglicherweise einfacher eine Außendämmung zu projektieren als pro Fenster einen zusätzlichen Aufwand von 3000,-€ zu kalkulieren? Ist die Aktivität der FBB, Kastendoppelfenster den Bürgern schmackhaft zu machen nur ein Versuch, um Bürger zum Verzicht auf die Umsetzung des planfestgestellten Schutzniveaus zu bewegen?
14. Warum hat die Landesregierung keine Bauteilkataloge erarbeiten lassen, die mit entsprechenden Prüfberichten oder Berechnungen nach DIN 4109 versehen, jedem Eigentümer, Handwerkern und Baufachmann qualifizierte Entscheidungen ermöglichen? Seit wann hat die zuständige Landesimmissionsschutzbehörde auf die Notwendigkeit von Bauteilkatalogen verwiesen? Sind derartige Bauteilkataloge nicht eine Voraussetzung für das Erstellen von Leistungsverzeichnissen? Warum soll - ähnlich wie beim Brandschutz - beim Schallschutz in oder nach der Baudurchführung ein Prüfbericht präsentiert werden? Warum sollen Handwerke und Baufirmen mit derartigen - für sie vollkommen ungewöhnlichen und aufwändigen - Arbeiten wie die Erstellung von Prüfberichten betraut werden?
15. Wann kommt die Landesregierung Ihrer Aufsichtspflicht nach und verlangt von der FBB nachvollziehbare Planungsleistungen, die Bürgern auch alternative Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen?
16. Wenn die Landesregierung das planungslose Handeln der FBB nicht unterbrechen will, wann wird es Bürgern ermöglicht, unabhängige Planer zu beauftragen, die für Planungsleistungen Verantwortung übernehmen?